SPD
Pressemitteilungen und Informationen

BONN ● ERICH-OLLENHAUER-HAUS ● OLLENHAUERSTRASSE 1 ● TEL. 50 22 99 ● FS: 088 6306

DATUM: 26.10.1972 NR.: 591/72

KURZINFORMATION - EIL - EIL - EIL -

Mitteilung für die Presse

Bundeskanzler Willy B R A N D T wird heute auf dem NATO-Flughafen Ramstein von Vertretern der Bundeswehr sowie vom Betriebsrat und Personalrat der bei den amerikanischen Streitkräften beschäftigten deutschen Arbeitnehmer empfangen. Anschließend sagt er u.a. in Kaiserslautern:

SPERRFRIST: 14.00 Uhr

Die Bündnisfähigkeit und letztlich auch die Verhandlungsfähigkeit unserer Bundesrepublik - so haben wir es unlängst in Dortmund formuliert - beruhen auf ihrer Bereitschaft, einen militärischen Beitrag zur NATO-Verteidigung zu leisten.

Das ist Aufgabe der Bundeswehr, und wir werden gemeinsam mit unseren Bündnispartnern dafür sorgen, daß die eigene Verteidigungsbereitschaft nicht vernachlässigt wird.

Der Beitrag, den eine große Anzahl deutscher Arbeitnehmer durch ihre vielfältigen technischen Dienste für die Funktionsfähigkeit der Allianz leistet, wird häufig übersehen. Ich möchte diesen Beitrag der deutschen Arbeitnehmer bei den alliierten Streitkräften ausdrücklich hervorheben.

Im übrigen muß jeder wissen: Unsere Politik bleibt im Rahmen des Atlantischen Bündnisses auf die beiden Elemente Sicherheit und Entspannung gerichtet. Wir werden in den eigenen Anstrengungen nicht erlahmen und der Bundeswehr das geben, was sie zur Erfüllung ihres Auftrags innerhalb der Allianz nötig hat. Denn, wie die Dinge in der Welt liegen, beruht die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland auf dem Atlantischen Bündnis.

Aber das weltpolitische Geschehen stellt uns auch immer wieder vor neue Tatsachen und Einsichten. So gehört es zu den bedeutendsten Entwicklungen des letzten Jahres, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten als einen Faktor akzeptiert hat, ohne den Abmachungen über die Sicherheit in Europa nicht sinnvoll und möglich sind. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß sich die sowjetische Führung nach dem Abschluß der Verträge von Moskau und Warschau und in der entscheidenden Phase der Berlin-Verhandlungen grundsätzlich dazu bereitgefunden hat, auch Verhandlungen über eine beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung in Europa aufzunehmen. Das ist ein wichtiges, sicher aber auch zeitraubendes Vorhaben.

Gerade in der Phase des Übergangs von der Konfrontation zur Kooperation in Europa - um mit Präsident Nixon zu sprechen - ist die weitere militärische Präsenz der USA im westlichen Europa nötiger denn je. Unsere Partner im Atlantischen Bündnis denken ebensowenig wie wir daran, Interessen anderer zu Lasten des Westens Vorschub zu leisten. Die prozeduralen und substantiellen Schwierigkeiten, die dem Erfolg von Verhandlungen über den Abbau von Streitkräften entgegenstehen, sind sicher nicht gering. Die friedenspolitische Begründung unseres Beharrens auf der Gleichgewichtigkeit aller eventuellen Truppenverminderungen ist glaubwürdig geworden durch die Ratifizierung der Ostverträge und die Viermächte-Vereinbarung über Berlin, andererseits durch das Salt-Abkommen und durch die Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Hier liegt zugleich die konstruktive Alternative zu der seit Jahren von Teilen der amerikanischen öffentlichen Meinung vertretenen Forderung nach einem einseitigen Truppenabzug. Lassen Sie mich nach den Besprechungen mit den Regierungschefs auf dem Pariser Gipfeltreffen noch eines hinzufügen: Ein erweitertes und gefestigtes Westeuropa wird unabhängiger sein, und das ist zu wünschen. Es wird auch mehr weltpolitische Verantwortung erfüllen können, und das erwarten viele von uns. Aber all das wird nicht dazu führen, daß die vielfältigen interessenmäßigen und freundschaftlichen Bande über den Atlantik gelockert werden.

-.-.-.-.-.-.-.-